

in Zusammenarbeit mit



Reformen oder Revolution?

Das Phänomen Macron in Zeiten kriselnder repräsentativer Demokratien in Europa

Frankreich erfindet sich neu – mit diesem Versprechen ist Emmanuel Macron angetreten, und seit seiner Wahl zum französischen Präsidenten setzt er sein Wahlprogramm konsequent um. Damit möchte er in erster Linie Frankreich aus der Krise führen, darüber hinaus aber auch Vertrauen in die Reformfähigkeit des Landes bei den europäischen Partnern schaffen. Denn auch für Europa verfolgt der neue Staatschef eine ambitionierte Agenda, für die er Partner benötigt. Sein dezidiert proeuropäischer Kurs im Wahlkampf, den er mit seiner programmatischen Rede an der Sorbonne Ende September 2017 fortgeschrieben hat, ist getragen von der Grundüberzeugung, dass die vielerorts spürbare Krise der repräsentativen Demokratie in Europa aus der teilweise mangelnden Fähigkeit der Nationalstaaten resultiert, angemessen auf die Erwartungen und Bedürfnisse ihrer Bürger zu reagieren. Im Unterschied zu den populistischen Parteien argumentiert Macron, dass das zentrale Problem gerade nicht in der Einschränkung der nationalen Handlungsfähigkeit durch die Europäische Union besteht. Vielmehr spielt die EU aus seiner Sicht bei der gemeinsamen Lösung zentraler Herausforderungen in wichtigen Politikfeldern (Migration, Energie, Digitalisierung, etc.) eine entscheidende Rolle. Er kommt jedoch zu dem Schluss, dass die Staatengemeinschaft in ihrer aktuellen Funktionsweise ihren Aufgaben nicht gerecht werden kann und fordert daher umfassende Reformen, um sie effizienter und transparenter zu gestalten.

Die XXXIV. Jahrestagung des Deutsch-Französischen Instituts widmet sich der Frage, wie sich die Politik des französischen Präsidenten in den Kontext einer zuletzt vielfach beschworenen Krise der repräsentativen Demokratien in Europa einordnen lässt. Die Antworten auf diese Krise fallen in den verschiedenen Ländern teilweise sehr unterschiedlich aus. Daher erscheint es interessant, die Entwicklungen in Frankreich in Bezug zu anderen europäischen Ländern zu setzen.

Folgende Themenkomplexe können dabei eine Rolle spielen, ohne dass die Aufzählung vollständig wäre:

Eine „neue“ Politik?

- Starke Personalisierung, Positionierung als Antisystem-Bewegung... Welchen Politikstil verkörpern Macron und andere Vertreter einer neuen Politikergeneration in Europa (wie Sebastian Kurz, Matteo Renzi, Alexis Tsipras, Pablo Iglesias)?
- Policy-Analyse: Welche politischen Lösungen werden in Frankreich und anderen Ländern diskutiert, wenn es um die Bewältigung neuer Herausforderungen (wie Digitalisierung und Wandel des Arbeitsmarkts, Migration und Integration, Umwelt und Energie usw.) geht?

Politische Kultur:

- Welche Folgen haben Veränderungen im Wahlverhalten für das Parteiensystem in westlichen Demokratien?
- Legitimitätsprobleme repräsentativer Demokratien: Was können neue Formen der Bürgerbeteiligung bewirken?

Europa neufinden?

- Wie ist Macrons Idee eines souveränen Europas zu bewerten? Können Reformen die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union (Output-Legitimität) stärken?
- Wie lässt sich die EU demokratischer gestalten?

Am Donnerstag, den 28. Juni, wird die Jahrestagung mittags eröffnet und am Freitag, den 29. Juni, in zwei parallelen Arbeitsgruppen fortgeführt, bevor die Konferenz mit einem gemeinsamen Mittagessen endet.

Bitte senden Sie uns Ihre Vorschläge und Angebote bis zum 30. April 2018. Das dfi und die DFH freuen sich dabei insbesondere auf die Beiträge jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Die Tagungspauschale beträgt 140 € (1 Übernachtung, Tagungsgebühr und Verpflegung).

Als Referenten sind Sie Gäste des dfi.

Bei Nachfragen können Sie sich gerne an das dfi wenden:

Deutsch-Französisches Institut · Asperger Str. 34 · D - 71634 Ludwigsburg

E-Mail: lejeune@dfi.de